



Finanzierung des ökologischen Wandels: Der Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa und der Mechanismus für einen gerechten Übergang

Brüssel, 14. Januar 2020

Die Europäische Union verpflichtet sich, bis 2050 zum ersten klimaneutralen Wirtschaftsraum der Welt zu werden. Dafür sind erhebliche Investitionen erforderlich, sowohl vonseiten der EU und des öffentlichen Sektors der Mitgliedstaaten als auch vonseiten des privaten Sektors. Der heute vorgestellte Investitionsplan für den europäischen Grünen Deal, also der Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa, wird öffentliche Investitionen mobilisieren und dazu beitragen, durch die Finanzinstrumente der EU – insbesondere InvestEU – private Mittel freizusetzen, was zu Investitionen in Höhe von mindestens 1 Bio. EUR führen würde.

Zwar werden alle Mitgliedstaaten, Regionen und Sektoren einen Beitrag zur Umstellung leisten müssen, doch der Umfang der Herausforderung unterscheidet sich jeweils. Einige Regionen werden besonders betroffen sein und in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht einen tief greifenden Wandel durchlaufen. Der Mechanismus für einen gerechten Übergang wird maßgeschneiderte finanzielle und praktische Unterstützung bieten, um betroffenen Arbeitnehmern zu helfen und die erforderlichen Investitionen in diesen Bereichen zu ermöglichen.

Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula **von der Leyen**, erklärte: *„Beim europäischen Grünen Deal, unserer Vision für ein klimaneutrales Europa bis zum Jahr 2050, stehen die Menschen im Mittelpunkt. Die Veränderungen, die vor uns liegen, haben bisher nicht gekannte Ausmaße. Dieser Wandel wird nur geschafft, wenn er gerecht ist – und für alle funktioniert. Wir werden die Menschen und Regionen in unserem Europa, die bei diesem Übergang mehr Anstrengung aufbieten müssen, unterstützen, damit niemand zurückgelassen wird. Der Grüne Deal bringt bedeutenden Investitionsbedarf mit sich, den wir in Investitionschancen verwandeln. Der heute von uns vorgelegte Plan zur Mobilisierung von mindestens einer Billion Euro zeigt den Weg auf und wird eine Welle grüner Investitionen auslösen.“*

Der für den europäischen Grünen Deal zuständige Exekutiv-Vizepräsident Frans **Timmermans** äußerte sich folgendermaßen: *„Der notwendige Übergang zur Klimaneutralität wird das Wohlergehen der Menschen verbessern und Europa wettbewerbsfähiger machen. Er wird jedoch größere Anstrengungen seitens der Bürger, Sektoren und Regionen erfordern, die stärker auf fossile Brennstoffe angewiesen sind als andere. Der Mechanismus für einen gerechten Übergang wird dazu beitragen, die am stärksten Betroffenen zu unterstützen, indem Investitionen attraktiver gemacht werden und ein Paket aus finanzieller und praktischer Unterstützung in Höhe von mindestens 100 Mrd. EUR vorgeschlagen wird. So treten wir für Solidarität und Fairness ein.“*

Exekutiv-Vizepräsident Valdis **Dombrovskis**, zuständig für das Ressort „Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen“, fügte hinzu: *„Damit Europas Wirtschaft klimaneutral werden kann, brauchen wir sowohl politisches Engagement als auch weitreichende Investitionen. Der Grüne Deal, den wir nun mit einem Finanzierungsplan untermauern, zeigt unsere Entschlossenheit, den Klimawandel zu bekämpfen. Erstens werden wir den EU-Haushalt nutzen, um private Mittel für umweltfreundliche Projekte in ganz Europa zu mobilisieren und die vom Wandel am stärksten betroffenen Regionen und Menschen zu unterstützen. Zweitens werden wir die richtigen regulatorischen Anreize schaffen, damit umweltgerechte Investitionen auch gedeihen können. Nicht zuletzt werden wir Behörden und Marktakteure dabei unterstützen, solche Projekte zu ermitteln und zu entwickeln. Die Europäische Union wurde nicht an einem Tag errichtet. Ein „grünes“ Europa werden wir nicht über Nacht schaffen. Damit die Frage der Nachhaltigkeit im Zentrum unserer Investitionsentscheidungen steht, ist ein Umdenken erforderlich. Wir haben heute einen wichtigen Schritt in diese Richtung unternommen.“*

Der Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa

Durch den Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa werden EU-Mittel bereitgestellt und ein Rahmen geschaffen, der die öffentlichen und privaten Investitionen erleichtert und stimuliert, die für den Übergang zu einer klimaneutralen, grünen, wettbewerbsfähigen und inklusiven Wirtschaft nötig sind. Der Plan ergänzt andere im Rahmen des Grünen Deals angekündigte Initiativen und stützt sich

auf drei Dimensionen:

- **Finanzierung:** Mobilisierung von mindestens 1 Billion EUR an nachhaltigen Investitionen in den nächsten zehn Jahren. Ein höherer Anteil der Ausgaben für Klima- und Umweltmaßnahmen aus dem EU-Haushalt als je zuvor wird helfen, private Mittel zu mobilisieren. Die Europäische Investitionsbank wird dabei eine Schlüsselrolle spielen.
- **Schaffung der Voraussetzungen:** Anreize für die Mobilisierung und Neuausrichtung öffentlicher und privater Investitionen. Die EU wird Investoren Instrumente an die Hand geben, indem sie das nachhaltige Finanzwesen in den Mittelpunkt des Finanzsystems rückt. Sie wird nachhaltige Investitionen der öffentlichen Hand erleichtern, indem sie die umweltgerechte Haushaltsplanung und Beschaffung fördert und Möglichkeiten für eine vereinfachte Genehmigung staatlicher Beihilfen für besonders betroffene Regionen schafft, sodass der Übergang gerecht verläuft.
- **Praktische Unterstützung:** Die Kommission wird Behörden und Projektträger bei der Planung, Gestaltung und Durchführung nachhaltiger Projekte unterstützen.

Der Mechanismus für einen gerechten Übergang

Der Mechanismus für einen gerechten Übergang ist ein zentrales Instrument, um sicherzustellen, dass der Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft fair verläuft und niemand zurückgelassen wird. Alle Regionen werden Finanzmittel benötigen – dazu dient der Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa. Der Mechanismus hingegen bietet gezielte Unterstützung zur Mobilisierung von mindestens 100 Mrd. EUR im Zeitraum 2021-2027 in den am stärksten betroffenen Regionen, um die sozioökonomischen Auswirkungen des Übergangs abzufedern. Mit dem Mechanismus werden notwendige Investitionen ermöglicht, um Arbeitnehmern und Gemeinschaften zu helfen, die von Arbeitsplätzen im Zusammenhang mit fossilen Brennstoffen abhängig sind. Dieses Instrument kommt zu den erheblichen Beiträgen, die ohnehin aus dem EU-Haushalt zur Verfügung gestellt werden (im Rahmen sämtlicher Instrumente, die für den Übergang unmittelbar von Bedeutung sind) noch hinzu.

Der Mechanismus für einen gerechten Übergang wird aus drei Hauptfinanzierungsquellen bestehen:

1) einem Fonds für einen gerechten Übergang, der mit neuen EU-Mitteln in Höhe von 7,5 Mrd. EUR ausgestattet wird. Diese ergänzen die Mittel, die im Vorschlag der Kommission für den nächsten langfristigen EU-Haushalt vorgesehen sind. Um ihren Anteil am Fonds zu nutzen, müssen die Mitgliedstaaten im Dialog mit der Kommission die förderfähigen Gebiete durch gebietsspezifische Pläne für einen gerechten Übergang ermitteln. Ferner müssen sie sich verpflichten, jeden Euro aus dem Fonds für einen gerechten Übergang durch Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und dem Europäischen Sozialfonds Plus zu ergänzen und zusätzliche nationale Mittel bereitzustellen. Insgesamt werden dadurch Mittel in Höhe von 30 bis 50 Mrd. EUR zusammenkommen, wodurch wiederum zusätzliche Investitionen mobilisiert werden. Der Fonds wird in erster Linie Regionen Zuschüsse gewähren. Dadurch werden beispielsweise Arbeitnehmer dabei unterstützt, Fähigkeiten und Kompetenzen für den Arbeitsmarkt der Zukunft zu entwickeln, und es wird kleinen und mittleren Unternehmen, Jungunternehmen und Gründerzentren geholfen, neue wirtschaftliche Möglichkeiten in diesen Regionen zu schaffen. Des Weiteren werden mit dem Fonds Investitionen in die Energiewende gefördert, beispielsweise in Energieeffizienz.

2) einer speziellen Übergangsregelung im Rahmen von „InvestEU“ zur Mobilisierung von Investitionen in Höhe von bis zu 45 Mrd. EUR. Ziel ist es, private Investitionen u. a. in nachhaltige Energie und Verkehr anzuziehen, die diesen Regionen zugutekommen und ihren Volkswirtschaften dabei helfen, neue Wachstumsquellen zu finden.

3) einer durch den EU-Haushalt abgesicherte Darlehensfazilität bei der Europäischen Investitionsbank für den öffentlichen Sektor zur Mobilisierung von Investitionen in Höhe von 25 bis 30 Mrd. EUR. Die Mittel werden für Darlehen an den öffentlichen Sektor verwendet, beispielsweise für Investitionen in Fernwärmenetze und die Renovierung von Gebäuden. Die Kommission wird im März 2020 einen entsprechenden Legislativvorschlag vorlegen.

Bei dem Mechanismus für einen gerechten Übergang geht es um mehr als nur um Finanzierung: Mithilfe einer Plattform für einen gerechten Übergang wird die Kommission den Mitgliedstaaten und Investoren technische Hilfe leisten und dafür sorgen, dass die betroffenen Gemeinschaften, lokalen Behörden, Sozialpartner und Nichtregierungsorganisationen einbezogen werden. Der Mechanismus für einen gerechten Übergang wird einen festen Steuerungsrahmen umfassen, der auf gebietsspezifischen Plänen für einen gerechten Übergang fußt.

Hintergrund

Am 11. Dezember 2019 stellte die Kommission den [europäischen Grünen Deal](#) mit dem Ziel vor,

Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Europas Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft bringt erhebliche Investitionsanstrengungen in allen Sektoren mit sich: Um die derzeitigen Klima- und Energieziele für 2030 zu erreichen, werden bis 2030 zusätzliche Investitionen in Höhe von 260 Mrd. EUR jährlich erforderlich sein.

Der Erfolg des Investitionsplans für ein zukunftsfähiges Europa wird vom Engagement aller beteiligten Akteure abhängen. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass die Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament in den Verhandlungen über den nächsten Finanzrahmen an den ehrgeizigen Zielen des Kommissionsvorschlags festhalten. Eine rasche Annahme des Vorschlags für die Verordnung über den Fonds für einen gerechten Übergang wird von entscheidender Bedeutung sein.

Die Kommission wird die Fortschritte bei diesem Übergangsprozess genau überwachen und bewerten. Im Rahmen dieser Bemühungen wird die Kommission jedes Jahr mit allen relevanten Interessenträgern ein Gipfeltreffen zur Förderung nachhaltiger Investitionen abhalten und sich weiterhin für die Förderung und Finanzierung des Übergangs einsetzen. Die Kommission fordert potenzielle Investoren auf, die günstigen regulatorischen Voraussetzungen und den ständig wachsenden Bedarf an nachhaltigen Investitionen in vollem Umfang zu nutzen. Außerdem ermuntert sie die Behörden, eine aktive Rolle bei der Ermittlung und Förderung solcher Investitionen zu übernehmen.

Weitere Informationen

[MEMO: Der Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa und der Mechanismus für einen gerechten Übergang](#)

[Zuweisungsmethode für den Fonds für einen gerechten Übergang](#)

Factsheets

- [Investitionen in eine klimaneutrale Kreislaufwirtschaft](#)
- [Der Mechanismus für einen gerechten Übergang: Dafür sorgen, dass niemand zurückgelassen wird](#)
- [EU-finanzierte Projekte zur Ökologisierung der Wirtschaft](#)

[Mitteilung der Kommission zum Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa](#)

[Vorschlag für eine Verordnung zur Einrichtung des Fonds für einen gerechten Übergang](#)

[Änderungen der Dachverordnung für die Fonds](#)

[Der europäische Grüne Deal](#)

IP/20/17

Kontakt für die Medien:

[Vivian LOONELA](#) (+32 2 296 67 12)
[Stefan DE KEERSMAECKER](#) (+32 2 298 46 80)
[Marta WIECZOREK](#) (+32 2 295 81 97)
[Sara SOUMILLION](#) (+32 2 296 70 94)
[Balazs UJVARI](#) (+32 2 295 45 78)
[Claire JOAWN](#) (+32 2 295 68 59)
[Siobhán MILLBRIGHT](#) (+32 2 295 73 61)

Kontakt für die Öffentlichkeit: [Europe Direct](#) – telefonisch unter [00 800 67 89 10 11](#) oder per [E-Mail](#)